

Domprobst Lichtenberg

25. Oktober 1941

Nach der Durchsuchung seiner Wohnung wird der Domprobst am 23. Oktober verhaftet und in das Polizeipräsidium Berlin-Alexanderplatz zur Vernehmung geführt.

Nachfolgend wesentliche Passagen aus dem Protokoll (Aktenzeichen Stapo IV B 1 L 3387/41)

In Zusammenhang mit vorstehender Einstellung steht auch die von mir verfasste „Vermeldung“ zu dem Flugblatt: „Wenn Du dieses Zeichen siehst ... Jude“. Ich hatte die Absicht, diese Vermeldung am kommenden Sonntag (26.10.41) in allen Gottesdiensten der Hedwigskirche vermelden zu lassen. Wenn das nun nicht geschehen kann, ist nur meine inzwischen erfolgte Inhaftierung der Hinderungsgrund dafür.

Zu der [...] Frage, wie ich zu den führenden Männern des Staates stehe, muss ich mir eine Unterteilung erlauben: Ich erkenne Adolf Hitler als Reichsoberhaupt an. [...] Die Taten eine Menschen sind die Konsequenzen seiner Grundsätze. Sind die Grundsätze falsch, werden die Taten nicht richtig sein. Das trifft selbst für Adolf Hitler zu. Im Vorstehenden meiner Vernehmung habe ich mir bereits erlaubt, auf einige falsche Grundsätze Adolf Hitlers hinzuweisen. Deshalb werden auch die daraus entspringenden Taten nicht richtig sein.

Ich bekämpfe falsche Grundsätze, aus welchen falsche Taten entstehen müssen, man denke an Beseitigung des Religionsunterrichtes an den Schulen, Kampf gegen das Kreuz (vergl. Entfernung der Kreuze aus den Schulen), Beseitigung der Sakramente, Verweltlichung der Ehe, absichtliche Tötung angeblich lebensunwerten Lebens (Euthanasie), Judenverfolgung, etc.

FRAGE: Vertreten Sie diesen Standpunkt auch von der Kanzel herab?

ANTWORT: Ja.

FRAGE: Danach geben Sie zu, daß Sie staatliche Maßnahmen nicht billigen?

ANTWORT: Die aus den eben genannten Grundsätzen fließenden Maßnahmen billige ich nicht.

FRAGE: Es dürfte auch Ihnen klar sein, dass durch die soeben geschilderten Ansichten, die von Ihnen auch öffentlich vertreten werden, eine Beunruhigung der Volksgemeinschaft eintreten kann?

ANTWORT: Diese Beunruhigung kann nur verhindert werden, indem man falsche Maßnahmen unterlässt.

FRAGE: Damit stellen Sie die Rechte der Kirche vor die des Staates?

ANTWORT: Christus der Herr hat das Recht zu lehren, Sakramente zu spenden und sittliche Gebote zu geben, nicht dem Staat übertragen, sondern der Kirche.

FRAGE: Das heißt also, dass die vom Staat durchgeführten Maßnahmen, wie z. B. die Evakuierung der Juden, nicht zum staatlichen Aufgabensektor gehören?

ANTWORT: Es war im Vorstehenden nicht nur von Judenverfolgung die Rede, sondern von vielen anderen dem christlichen Sittengesetz widersprechenden Maßnahmen.

FRAGE: Sie sollen in der Gebetsstunde am Freitag, dem 29.8.1941, folgende Äußerung getan haben: Wir beten für die Juden, wir beten für die Gefangenen in den Konzentrationslagern und besonders für die armen Brüder. [...]

ANTWORT: Ich bete jeden Abend mit meiner Gemeinde u. a. für die schwerbedrängten nicht-arischen Christen, für die Juden, für die Gefangenen in den Konzentrationslagern, zumal für die gefangenen Priester und Ordensleute, besonders für die Priester unseres Bistums, für die zum Unglauben, zur Verzweiflung und zum Selbstmord versuchten Menschen, für die Millionen namen- und staatenloser Flüchtlinge, für die kämpfenden, verwundeten und sterbenden Soldaten [...]

1. Informiere Dich über die Person und den Lebenslauf von Domprobst Bernhard Lichtenberg
2. Gegen welche Maßnahmen bezieht er Stellung?
3. Wie begründet er sein Verhalten und seine Einstellung?